

Stuttgart, 13.10.2009

Übersicht und Perspektiven stadtteilorientierter Aktivitäten in Stuttgart: Gemeinwesenarbeit, Soziale Stadt, Häuser und Zentren

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich	16.11.2009
Ausschuss für Umwelt und Technik	Kenntnisnahme	öffentlich	17.11.2009
Gemeinderat	Kenntnisnahme	öffentlich	19.11.2009

Kurzfassung des Berichts:

Ausführlicher Bericht siehe Anlage 1

Die Verwaltung beantwortet in dem vorliegenden Bericht verschiedene Anträge und Anfragen, denen Fragen der Entwicklung und Stärkung eines Gemeinwesens und der Verstetigung (Nachhaltigkeit) von Aktivitäten gemein sind. Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Antrag 107/2008 der CDU-Gemeinderatsfraktion „Zukunft der Gemeinwesenarbeit“ sowie die Anfragen 273/2008 und 182/2008 der Städtinnen/Stadträte Iris Ripsam (CDU), Christina Metke (CDU), Roland Schmid (CDU), Stefanie Schorn (CDU) „Wachsende Bedeutung von Mehrgenerationenhäusern“ und „Eltern Vor-Ort-Beratung“ werden in einem erweiterten Sinn beantwortet:

- in Bezug auf die „Gemeinwesenarbeit – Aktiv im Stadtteil“ des Jugendamtes
- in Bezug auf die soziale Stadtteilentwicklung im Rahmen der „Sozialen Stadt“
- in Bezug auf die in den Stuttgarter Stadtteilen zur Verfügung stehenden Häuser und Zentren, die wichtige und unterschiedliche Funktionen für die Stärkung des Gemeinwesens haben.

Diese umfassende Betrachtung ist aus mehreren Gründen erforderlich:

1. Die verschiedenen Ansätze der Häuser richten sich alle auf die Entwicklung eines Gemeinwesens und tragen zu einer sozialen Stadtteilentwicklung bei. Sie sind jedoch in ihrem Grundverständnis und ihren Vorgehensweisen sowie in den

Gemeinsamkeiten und Unterschieden bislang nicht hinreichend beschrieben.

2. Bisher entstehen die Häuser und Zentren eher „zufällig“ und dort, wo sich Gelegenheiten bieten oder Gruppen bzw. Initiativen aktiv sind. Eine systematische Planung, in welchen Stadtteilen welche Arten von Häusern für welche Zielgruppen notwendig sind, gab es bisher nur im Zusammenhang mit den Bürgerhäusern in der Zuständigkeit des Haupt- und Personalamtes.

3. In allen Ansätzen bestehen die gleichen Grundfragen bezogen auf eine Projektverstetigung (Nachhaltigkeit) und eine Unterstützung bürgerschaftlich engagierter Menschen.

4. Außer in den Gebieten „Die Soziale Stadt“ sind die jeweiligen Entwicklungsstrategien für die Gebiete sowie daraus resultierende Aktivitäten der Ämter in der Regel noch nicht ausreichend miteinander abgestimmt. Darüber hinaus findet bei der Auswahl von Gebieten für die Gemeinwesenarbeit oder die „Die Soziale Stadt“ keine vertiefte Abstimmung statt. Der schon bestehenden ämterübergreifenden Arbeitsgruppe sozialverträgliche Planung (AGSP) kommt hier in Zukunft eine noch größere Bedeutung zu.

Die zentralen Aussagen des beiliegenden ausführlichen Berichts zur Stärkung eines Gemeinwesens lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

1. Familienunterstützende und bürgerfreundliche Infrastruktur erhalten und ausbauen
 - a) Eine erstellte Typisierung zeigt, dass in Stuttgart sich im Laufe der letzten Jahrzehnte fünf unterschiedliche Typen von Häusern und Zentren entwickelt haben (Generationenhäuser, Stadtteilzentren, Familienzentren, Bürgerhäuser, Bürgerräume). Sie unterscheiden sich bezüglich der Zielgruppen, der Angebote und der Nutzungskonzepte. Die Typisierung ermöglicht, dass auf dieser Grundlage zukünftig Häuser und Zentren zielgerichteter und bedarfsorientierter geplant werden können.
 - b) Die Verstetigung von Projekten zielt auf das in Gang halten eines beteiligungsorientierten Prozesses (z.B. im Rahmen der „Sozialen Stadt“ oder GWA) oder den dauerhaften Betrieb eines Hauses oder Zentrums. Wichtige Voraussetzung dafür ist die begleitende Unterstützung der Bürger/-innen (bzw. des bürgerschaftlichen Engagements) durch bezahlte bzw. hauptamtliche Kräfte.
 - c) Die Nutzung von Bürgerhäusern sollte familienfreundlicher werden und auch für Privatnutzungen zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung sollte prüfen, inwieweit die städtischen Richtlinien dementsprechend geändert werden können.
 - d) Neben Familienzentren sind auch Kindertageseinrichtungen, die als Zentren der frühen Bildung von Kindern und Eltern konzipiert sind, eine niedrigschwellige Form außerfamiliärer Unterstützung. Diese Einrichtungen sollten in sozial besonders belasteten Stadtgebieten ausgebaut werden. Wie

Kindertageseinrichtungen gezielt unterstützt und gefördert werden sollen, sich in dieser Weise weiterzuentwickeln, wird in der Konzeption des Jugendamtes „Zentren der frühen Bildung von Kindern und Eltern“ beschrieben (vgl. GRDRs 700/2009).

2. Soziale Stadtteilentwicklung in gemeinschaftlicher Verantwortung

Es ist wichtig, eine städtische Gesamtstrategie zu entwickeln, die negative sozialräumliche Entwicklungen frühzeitig erkennt und gezielt in Wohnquartieren intervenieren kann. Die Referate StU und SJG werden deshalb ein gemeinsames Konzept zu ämterübergreifenden Zusammenarbeit vorlegen. Ziel ist es, bei gemeinschaftlichen Projekten der sozialen Stadtteilentwicklung die vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen bei den Ämtern effizienter zu nutzen und zu bündeln.

Die Anlage 1 gibt unter Punkt 1 bis 4 zunächst einen Überblick über die stadtteilorientierten Aktivitäten in Stuttgart.

Unter Punkt 5 werden Perspektiven für die zielgerichtete Sicherung der Verstetigung der Projekte aufgezeigt.

Die Empfehlungen unter Punkt 6 betreffen die Weiterentwicklung der Angebotslandschaft und eine künftige abgestimmte Planung der Aktivitäten.

Die Anlage 2 stellt in einer tabellarischen Übersicht alle bekannten Häuser und Zentren in Stuttgart dar (Stand Dezember 2008).

Beteiligte Stellen

Die Referate WFB, AK und StU haben die Vorlage mitgezeichnet. Haushalts- und stellenrelevante Beschlüsse können erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen.

Vorliegende Anträge/Anfragen

Antrag 107/2008 "Zukunft der Gemeinwesenarbeit" der CDU-Gemeinderatsfraktion Anfrage 273/2008 "Wachsende Bedeutung von Mehrgenerationenhäusern" der Städtinnen/Stadträte Iris Ripsam (CDU), Christina Metke (CDU), Roland Schmid (CDU), Stefanie Schorn (CDU)

Anfrage 182/2008 "Eltern Vor-Ort-Beratung" der Städtinnen/Stadträte Iris Ripsam (CDU), Christina Metke (CDU), Roland Schmid (CDU), Stefanie Schorn (CDU)

Antrag 107/2008 "Zukunft der Gemeinwesenarbeit" der CDU-Gemeinderatsfraktion Anfrage 273/2008 "Wachsende Bedeutung von Mehrgenerationenhäusern" der Städtinnen/Stadträte Iris Ripsam (CDU), Christina Metke (CDU), Roland Schmid (CDU), Stefanie Schorn (CDU)

Anfrage 182/2008 "Eltern Vor-Ort-Beratung" der Städtinnen/Stadträte Iris Ripsam (CDU), Christina Metke (CDU), Roland Schmid (CDU), Stefanie Schorn (CDU)

Gabriele Müller-Trimbusch
Bürgermeisterin

Anlage 1: Ausführliche Begründung zu stadtteilorientierten Aktivitäten in Stuttgart

Anlage 2: Übersicht über Häuser und Zentren in Stuttgart

[zum Seitenanfang](#)